



# Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,



im Namen des neu gewählten Landesvorstandes der DPoIG wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Hoffen wir, dass die Feiertage dienstlich ruhig bleiben.

Ein Ausblick auf das Jahr 2015 wirft jetzt schon seine Schatten voraus. Erneut werden polizeiliche Großereignisse zusätzliche Belastungen produzieren. Derzeit wird an einer Urlaubsquotierung im April gearbeitet, um das G7-Außenministertreffen in Lübeck polizeilich zu sichern. Aber auch zum G7-Treffen in München wird eine Einsatzabteilung aus Schleswig-Holstein entsendet werden müssen. Mutmaßlich werden polizeiliche Anlässe aufgrund von politischem und/oder religiösem Extremismus zunehmen. Auch die Frage einer in Prüfung befindlichen Einlagerung von Atomabfällen in Schleswig-Holstein lässt zusätzliche

geschlossene Einsätze erwarten.

All das wird uns zusätzlich zu dem „ganz normalen Wahnsinn“ im täglichen Dienst abverlangt. Und die Rahmenbedingungen werden immer katastrophaler. Man kann nur hoffen, dass verantwortliche Politik rechtzeitig erkennt, dass Einsparmaßnahmen bei der Polizei kontraproduktiv sind und wir mehr anstatt weniger Personal benötigen.

Wir müssen auch miterleben, dass sich „unsere“ Polizei verändert. Veränderung an sich ist ja nicht schlimm, sondern sogar wünschenswert. Wenn gleich häufig persönliche Ängste vor Veränderung bestehen. Aber die derzeitige Veränderung ist zugleich eine Verschlechterung sehenden Auges. Polizei zieht sich aus Spardruck immer mehr aus der Fläche zurück. Zentralisierung bedeutet aber zugleich eine Entfernung vom Bürger. Natürlich wird im-

mer wieder versichert, dass die Sicherheit im Lande gewährleistet ist. Aber der Preis ist hoch. Das gute Ansehen der Polizei in der Bevölkerung und der niedrigschwellige Kontakt zwischen Polizei und Bürgern war viele Jahre Garant für eine funktionierende innere Sicherheit. Wer im Notfall in der Warteschleife einer chronisch unterbesetzten Einsatzleitstelle hängt, wer bei Bedarf ewig lange auf eine Streife warten muss, die Riesengebiete abzudecken hat und wer in seinem Ort keine Polizeidienststelle mehr vorfindet, der verändert auch seine Grundhaltung zur Polizei. Der aus der Politik geprägte Satz „wer Polizei benötigt, der kann sie ja rufen“ ist pure Dummheit.

Immer häufiger hört man in Kollegenkreisen den Satz: „Das ist nicht mehr meine Polizei!“ Und immer schwieriger wird es, die Identifikation hochzuhalten. Da helfen auch minimale Anpassungen an den Nachtzuschlägen nichts und erst recht nicht die vage Ankündigung, man wolle gerne das Tarifergebnis 2015 zumindest für untere Einkommensgruppen im Beamtenbereich zeit- und wirkungsgleich übernehmen.

Festzustellen bleibt, dass wir in turbulenten Zeiten Polizeibeamte sind. Politiker sind aus Haushaltsgründen allzu gerne bereit die Innere Sicherheit schönzureden. Aber, einmal

aufgegebene Sicherheit gewinnen wir nicht einfach zurück. Es bedarf kluger und weitsichtiger Politik, um der Gesellschaft ein Leben in Sicherheit zu gewährleisten. Das ist ein unabdingbares Bürgerrecht. Das geht nur mit einer bürgernahen, gut ausgestatteten, personell ausreichend hinterlegten und motivierten Polizei. Es ist nicht hinnehmbar, dass Politik in vermeintlich „guten“ Zeiten Personal einspart und wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, hektisch nachsteuert. Die zusätzlichen Einstellungen in den Polizeidienst nach dem Attentat am 11. September 2001 unter der Regierung Simonis und die Pläne derselben Partei, nun wieder Personal in der Polizei einzusparen sind in ihrer Widersprüchlichkeit nicht vermittelbar.

An dieser Stelle erneuere ich meinen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die sich auf dem Landesdelegiertentag der DPoIG für eine Mitarbeit im Vorstand zur Verfügung gestellt haben und mitarbeiten möchten, für bessere Bedingungen in der Polizei zu kämpfen. Jeder einzelne Kollege und jede einzelne Kollegin in der Landespolizei ist eingeladen, gemeinsam mit uns diesen Kampf nicht aufzugeben, sondern zu intensivieren. Unsere Polizei ist es wert, sich für sie einzusetzen.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
Fotos: Th. Nommensen  
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](http://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841



Fröhliche Weihnachtstage  
und einen guten Rutsch

## Landesdelegiertentag der DPolG Schleswig-Holstein

# Ein starkes Signal für gute Gewerkschaftsarbeit zum Wohle der Polizeibeamten in unserem Land

Am 3. November 2014 fand im Hotel „Kieler Yachtclub“ der satzungsgemäß alle vier Jahre vorgesehene Landesdelegiertentag der DPolG Schleswig-Holstein statt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die als Delegierte von ihren Kreisverbänden entsandt wurden, fanden den Weg in die Landeshauptstadt.



Der neue DPolG-Landesvorstand zusammen mit Bundesvorsitzenden Rainer Wendt.

In sicherheitspolitisch turbulenten und polizeilich zunehmend schwierigen Zeiten gab es neben der obligatorischen Neuwahl des Landesvorstandes eine Menge Themen, die es zu besprechen galt.

Am Vormittag konnte der bis dahin amtierende Landesvorsitzende Torsten Gronau in seiner Berichterstattung über die vergangenen vier Jahre Amtszeit resümieren, dass sich die DPolG als starke Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte und verlässlicher Ansprechpartner für Verantwortliche in Politik und Polizeiführung, aber vor allem auch für einzelne Mitglieder, die um Rat oder Tat nachgefragt hatten, erwiesen habe. Trotz zahlreicher Gespräche und Termine bei den Ver-

antwortlichen in Innenministerium, Landtag, Landespolizeiamt sowie den Behörden und Dienststellen vor Ort, sei jedoch von der DPolG nie die Nähe der Politik (gleich welcher Partei) gesucht worden und man sei niemals als sich anbietender Lobbyist aufgetreten.

Zudem betonte Torsten Gronau, dass Gewerkschaftsarbeit in der DPolG selbstverständlich ehrenamtlich und nahezu ausschließlich in der Freizeit (in der Regel nach den abgeleisteten 41 Wochenstunden) von den Landesvorstandsmitgliedern ausgeübt wird. Auch die Trennung zwischen Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sei für die DPolG selbstverständlich.

Als Themenfelder, mit denen die DPolG sich sowohl in der Vergangenheit beschäftigt hat als auch zukünftig engagieren werde, nannte der Landesvorsitzende exemplarisch den beklagenswerten Rückzug aus der Fläche und die damit einhergehende Schließung von zahlreichen kleineren Polizeistationen. Aber auch die Verbesserung der Ausstattung und Ausrüstung (gerade in geschlossenen Einsätzen), die gerechte Bezahlung (Übernahme des Tarifergebnisses für Beamte, Verbesserung der Beförderungssituation sowie Erhöhung der Erschwerniszulagen) wurden hervorgehoben.

Torsten Gronau bedankte sich bei allen Mitgliedern des „alten“ Landesvorstandes für ihr

Engagement, hob dabei aber besonders den langjährigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Jochen Einfeldt sowie die ebenfalls viele Jahre amtierende Landesfrauenbeauftragte der DPolG, Angela Ipsen, hervor.

Beide hätten über lange Zeit gute und wichtige Arbeit im Landesvorstand geleistet und die DPolG schulde ihnen besonderen Dank. Sowohl Jochen Einfeldt als auch Angela Ipsen traten nicht wieder zur Wahl an.

Nachdem der scheidende Landesvorstand entlastet wurde, wurden die Neuwahlen des zukünftigen Landesvorstandes durchgeführt. Einstimmig wurde dabei Torsten Gronau von



den Delegierten zum Landesvorsitzenden wiedergewählt.

Mit überwältigender Mehrheit wurde darüber hinaus Frank Hesse erneut zum stellvertretenden DPoIG-Landesvorsitzenden gewählt. Auch Thomas Nommensen, der zudem in seinem Amt als Landesschriftleiter (Landesredakteur des POLIZEISPIEGELS) bestätigt wurde, beriefen die Delegierten mit ebenso klarer Mehrheit zum weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Mitglieder des neuen DPoIG-Landesvorstandes sind außerdem: Gerd Kath (Landesschatzmeister), Ulrike Wegner (stellvertretende Landesschatzmeisterin), Ulrike Beste (Landesfrauenbeauftragte), Markus Müller (Landesjugendbeauftragter), Peter Ruch (Beisitzer und Beauftragter für Rechtsschutzangelegenheiten), Ernst Meißner (Beisitzer und Beauftragter für Seniorenangelegenheiten), Ingmar Volz (Beisitzer), Astrid Steffen (Beisitzerin), Hauke Hanßen (Beisitzer) und Sven-Erik Haase (Beisitzer).

Im Rahmen der am Nachmittag angesetzten Öffentlichkeitsveranstaltung, an der Vertreter verschiedener Printmedien sowie auch des NDR-Fernsehens und NDR „Welle Nord“ großes Interesse zeigten, konnten der erst seit wenigen Wochen im Amt befindliche Innenminister Stefan Studt (SPD), der Polizeiseelsorger der Landespolizei, Marc Meiritz, sowie auch der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt begrüßt werden.

Stefan Studt und Marc Meiritz hoben in ihren Grußworten an die Delegierten unter anderem auf die Erkenntnis ab, dass Polizeiarbeit zunehmend schwierig sowie belastend und nicht minder verantwortungsvoll sei, deren Wertschätzung je-



> Innenminister Studt steht Rede und Antwort

doch oftmals zu gering ausfalle. Auch aus diesem Grund sei Gewerkschaftsarbeit zur Vertretung der Interessen der Mitarbeiter in der Landespolizei außerordentlich wichtig.

Innenminister Studt nahm in seinem Grußwort zudem zu den derzeit wohl vordringlichsten Themenfeldern in der Polizei, dem Stellenabbau sowie der geplanten Erhöhung der Erschwerniszulagen, Stellung.

Er rechtfertigte hierbei den geplanten Stellenabbau von zusätzlichen 122 Polizeibeamten, welche trotz bereits anerkannt vorhandener Personalunterdeckung von 160 Stellen vorgenommen werden soll, als alternativlos. Die verfassungsmäßig vorgegebene Schuldenbremse und entsprechende Vereinbarungen mit dem Bund würden angesichts des in der gesamten Landesverwaltung vorgegebenen Personalabbaus auch bei der Polizei keine Ausnahme zulassen. Auch die kürzlich von Stefan Studt angekündigte und von der DPoIG als völlig unzureichend kritisierte Erhöhung des Stundensatzes bei „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ (um zunächst 65 Cent) rechtfertigte er als Schritt, der angesichts des klammen Landeshaushalts Anerkennung verdiene. Zudem hob Studt darauf ab, dass es



> Polizeiseelsorger Marc Meiritz

außerdem geplant sei, für geleistete Nachtdienststunden zukünftig nicht nur vier, sondern bis zu fünf Zusatzurlaubs-tage pro Jahr zu gewähren.

Im Rahmen der im Anschluss durchgeführten Podiumsdiskussion zum Thema „Innere Sicherheit – nichts mehr wert!?“ konnten zahlreiche Landtagsabgeordnete aus dem Regierungslager und der Opposition begrüßt werden. Neben dem DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt und dem Landesvorsitzenden Torsten Gronau nahmen hieran Simone Lange (SPD), Barbara Ostmeier (CDU), Burkhard Peters (Bündnis 90/Die Grünen), Lars Harms (SSW) sowie Dr. Ekkehard Klug (FDP) teil.

Die Podiumsdiskussion, welche von der NDR-Rundfunkmoderatorin Marta Banasch ausgesprochen souverän, pointiert und kurzweilig geleitet wurde, führte zu kontroversen Diskussionen, wobei auch hier vorwiegend der geplante Personalabbau und die Erhöhung der Erschwerniszulagen zur Debatte standen.

Während die weitere Reduzierung der Polizeibeamten im Land von Rainer Wendt und Torsten Gronau scharf kritisiert wurde und auch Frau Ostmeier

sowie Herr Dr. Klug die Auffassung vertraten, dass diese Pläne von der Landesregierung zurückgenommen werden müssen, versuchten die Vertreter der Regierungskoalition (Lange, Peters und Harms) diese als „unausweichlich“ zu rechtfertigen.

In Bezug auf die kaum nennenswerte Erhöhung der Erschwerniszulagen äußerte Torsten Gronau, dass das in dieser Höhe eigentlich indiskutabel sei. Immerhin würde die Erhöhung um gerade einmal wenige Cent (laut Minister Studt sei später eine Erhöhung um insgesamt einen Euro pro Stunde geplant) für den durchschnittlichen Schichtdienstleistenden ein Mehr auf dem Gehaltszettel von nur etwa 30 Euro pro Monat bedeuten. Das sei wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der den Ankündigungen einer spürbaren Erhöhung des vorherigen Innenministers Andreas Breitner ganz und gar nicht gerecht werden würde. Wertschätzung sähe auch in diesem Punkt vollkommen anders aus!

Der amtierende Innenminister, Stefan Studt musste sich im Verlaufe der Podiumsdiskussion, in die er von der Moderatorin mehrfach einbezogen wurde, einige kritische Fragen gefallen lassen. Studt stand wiederholt Rede und Antwort zu den angesprochenen Themen und zeigte sich erkennbar interessiert an den vorgebrachten Argumenten.

Der DPoIG-Bundesvorsitzende konfrontierte Stefan Studt etwa mit den Tatsachen und den teils schon lange erhobenen DPoIG-Forderungen, dass es zur Entlastung der Polizei (Aufgabenabbau – von allen Parteien seit Langem versprochen!) nur weniger Maßnahmen bedürfe. So seien die Abschaffung des Richtervorhalts bei Blutprobenentnah-





> Torsten Gronau verabschiedet Jochen Einfeldt (rechts) aus dem Landesvorstand.

men, die Anerkennung des Atemalkoholwertes als gerichtsfest auch bei Straftaten, die Abschaffung der Schwertransportbegleitung durch die Polizei und nicht zuletzt die Umsetzung der Halterhaftung bei Verkehrsdelikten (auch Geschwindigkeitsüberschreitungen) Maßnahmen, die zu einer massiven Entlastung der Polizei in Deutschland führen würden.

Weitere Themen bei der Diskussion waren Gewalt gegen Polizeibeamte (inklusive des von der DPoIG geforderten

„Tasers“ als Einsatzmittel zur Schließung der Lücke zwischen Dienstwaffe und Schlagstock/Pfefferspray) sowie die uneingeschränkte Übernahme des Tarifergebnisses bei dem in 2015 auszuhandelnden Resultat für Landesbeamte. Letzteres sei nach Äußerung aller Beteiligten wünschenswert und anzustreben. Es bleibt also auch hier spannend, ob es sich wieder einmal nur um Lippenbekenntnisse von Politikern handelt oder den Worten auch messbare Taten folgen werden.

*Thomas Nommensen*

## Kreisverband Lübeck-Ostholstein

# Ein Urgestein des 1. Polizeireviers Lübeck und langjähriges DPoIG-Mitglied geht in den wohlverdienten Ruhestand

Burkhard Bichels, Spitzname „Inge“, trat am 1. September 1971 in den Dienst der Landespolizei ein. Seit dem 1. Oktober 1974 war er mit kleinen Ausflügen in den Bäderdienst durchgängig Angehöriger der „Mengewache“.

Bis 2001 war Burkhard Angehöriger „seiner“ B-Schicht, zu der er bis zu seinem Ausscheiden immer ein besonderes Verhältnis hatte. Die meisten Kolleginnen und Kollegen haben Burkhard als Dienstgruppenleiter/Vertreter noch in guter Erinnerung. Danach versah Burkhard seinen Dienst als stellvertretender Leiter beim Bezirksdienst, um dann schließlich ab 2008 das Geschäftszimmer des ersten Reviers zu übernehmen. Burkhard wurde von allen wegen seines besonnenen und freundlichen Wesens und seiner Hilfsbereitschaft ge-

schätzt. Ich habe lange Zeit mit Burkhard in der B-Schicht und die letzten Jahre auf dem Geschäftszimmer zusammengearbeitet. Burkhard hatte eigentlich nie schlechte Laune und immer ein verschmitztes Lächeln im Gesicht.

Burkhard Bichels ist seit vielen Jahren schon DPoIG-Mitglied und wird das sicherlich auch nach seiner Pensionierung bleiben. Besonders engagiert hat er sich für die DPoIG-Stiftung, welche durch den Dienst verletzte oder traumatisierte Kolleginnen und Kollegen unbürokratisch durch Erholungsaufenthalte in deren Stiftungshäusern in Bayern hilft. Er hatte immer zwei Sparschweine der DPoIG-Stiftung auf dem 1. Polizeirevier Lübeck stehen.

Der treue HSV-Fan wird in seiner endlosen Freizeit sicher vie-



> Burkhard Bichels (Zweiter von links) am Ende seines letzten Arbeitstages.

le Reisen mit seiner Frau Frauke unternehmen und dafür wünschen wir beiden viel Spaß und vor allem Gesundheit.

weinenden Auge und versprach uns, sich öfter mal sehen zu lassen.

*Peter Ruch,  
Kreisverband  
Lübeck-Ostholstein*

„Inge“ verlässt die Polizei mit einem lachenden und einem